

Haushaltsverabschiedung am 19.12.2017

Haushaltsrede der Bürgermeisterin – Haushalt 2018

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

auch dieses Jahr haben wir es wieder geschafft. Kurz vor Jahresende, in der letzten Sitzung des Gemeinderates können wir den Haushalt für 2018 verabschieden. Es ist der letzte Haushalt, den wir nach dem „alten Haushaltsrecht“, der Kameralistik verabschieden. Begriffe wie Verwaltungs- und Vermögenshaushalt werden wir im nächsten Jahr nicht mehr hören.

Die Doppik, wie es künftig heißen wird, erfasst die Planung der Aufwendungen und Erträge als „Ergebnishaushalt“, die tatsächliche Vermögens- und Schuldenlage findet sich in der Vermögensrechnung, der sog. Bilanz. Die Finanzrechnung gibt Auskunft über die liquiden Mittel. Durch die Doppik soll verdeutlicht werden, ob Kommunen ihr Vermögen verbrauchen, erhalten oder vergrößern. Die Bewertung der Vermögenssituation ist allerdings problematisch, weil viele Vermögenswerte der Kommunen nicht veräußert werden können. Wer kauft eine Straße, Abwasserleitungen oder eine Sporthalle? Die Abschreibungen, die hierfür erwirtschaftet werden sollen, werden es sehr schwer machen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Doch in diesem Jahr können wir noch routiniert vorgehen, die Begrifflichkeiten sind bekannt. Der Haushaltsplan enthält auf der Einnahmeseite alle laufenden Einnahmen wie Steuern, Zuweisungen, Gebühren, Entgelte und auf der Ausgabenseite alle laufenden Ausgaben wie Personalausgaben, Energiekosten, Versicherungsbeiträge, Betriebskosten, Zinsen, Umlagen usw.

Die größten und wichtigsten Einnahmequellen sowie die bedeutenden Ausgabenpositionen finden sich im Verwaltungshaushalt im Unterabschnitt 9000.

Die Steuer- und Umlageeinnahmen sind aufgrund der guten Konjunkturlage gestiegen. Der Anteil an der Einkommensteuer als größte Einnahmeposition der Gemeinde erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 420.800 € auf insgesamt 4.164.400 €. Die Bedarfsmesszahl steigt um 637.042 € auf 9.105.218 €. Sie ist die Grundlage für die Zuweisungen des Landes an die Gemeinde im Rahmen des Finanzausgleichs.

Die Steuerkraftmesszahl steigt ebenfalls, jedoch nicht so stark wie die Bedarfsmesszahl, sodass die Schlüsselzahl mit 3.979.708 € etwas über dem Vorjahresniveau liegt. Die Schlüsselzuweisungen betragen insgesamt 2.887.100 €.

Aufgrund der gestiegenen Steuerkraftsumme aus dem Jahr 2016 ist eine höhere FAG Umlage an das Land abzuführen. Die Kreisumlage ist mit 32% veranschlagt.

Insgesamt stehen der Gemeinde im kommenden Haushaltsjahr 738.600 € mehr aus dem Finanzausgleich -einschließlich Einkommen- und Umsatzsteueranteil- zur Verfügung als im laufenden Haushaltsjahr.

Der Verwaltungshaushalt soll in der Regel einen Überschuss erzielen, der zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt gebraucht wird.

Die Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt beträgt voraussichtlich 407.500 €. Das Ziel einer Zuführung zum Vermögenshaushalt ist damit zwar erreicht, aber damit lassen sich keine großen Sprünge machen. Auch in den kommenden Jahren sind nach gegenwärtigem Stand keine hohen Zuführungen zu erwarten. Dies wird Investitionstätigkeiten und die Umsetzung neuer Projekte erschweren. Wenn man dabei den Aufgabenzuwachs der Gemeinde, in qualitativer und quantitativer Hinsicht, und den Sanierungsbedarf in vielen Bereichen gegenüberstellt wird klar, dass es in den kommenden Jahren sehr schwer wird notwendige Projekte umzusetzen, von freiwilligen Leistungen gar nicht zu sprechen.

Die Personalausgaben bilden den größten Ausgabenblock des Verwaltungshaushalts. Das ist für einen Dienstleistungsbetrieb, was eine Kommune ja ist, nicht erstaunlich. Sie steigen im kommenden Jahr um 7,8% auf ca. 2.6 Mio €. Ursache für die deutliche Steigerung sind unter anderem Tarifierhöhungen, die neue Entgeltordnung und die Einstellung einer neuen Kraft im Bauhof. Ein Mittel das gerne in der privaten Wirtschaft angewandt wird, um Personalkosten zu senken ist das Outsourcing. D. h. die Firmen beschäftigen das erforderliche Personal über Personaldienstleister. Diese Option wurde im Verwaltungsausschuss im Hinblick auf die Reinigungsdienstleistung diskutiert. Über die Fraktionen hinweg wurde dies verworfen. Die Gemeinde sieht sich hier in der Verantwortung ihrem Personal gegenüber und möchte bewusst diesen Trend nicht mitgehen. Ich möchte an dieser Stelle nicht in die gesamtgesellschaftliche Diskussion einsteigen, das würde den heutigen Rahmen bei weitem sprengen, aber ich halte diese Entscheidung des Gremiums für richtig und als das richtige Signal gegenüber unseren Bediensteten.

Was für Projekte stehen in 2018 an? Trotz angespannter Haushaltslage sollen in 2018 umfangreiche Bau- und Investitionsmaßnahmen durchgeführt werden. Ich möchte nur einige wenige aufzählen.

Den größten Ausgabeposten stellt der Ausbau des Waldackerwegs zum Baggersee Gießen dar. Die Maßnahme beschäftigte den Gemeinderat schon seit 2008. Aufgrund der allgemeinen Kostensteigerung im Baubereich müssen hier ½ Mio € Mehrkosten aufgewendet werden, als ursprünglich kalkuliert. Die Firma HSK, die das Kieswerk betreibt, beteiligt sich an den Kosten zu 50 %. Die Auftragssumme liegt bei ca. 2 Mio €.

Eine weitere große Investition, die in den Bereich der Pflichtaufgaben fällt, ist die Erweiterung des Kindergartens Sternschnuppe im Ortsteil Liedolsheim. Steigende Geburtenraten, Zuzug durch das

Neubaugebiet Erikaweg II und gestiegener Betreuungsbedarf pro Kind, machen dies erforderlich. Die Zuschüsse, die das Land für Maßnahmen in diesem Bereich gewährt, decken bei weitem nicht die Investitionskosten. Auch bei den laufenden Betriebskosten bleibt das Land bei seinen Kostenanteilen deutlich unter den tatsächlichen Bedarf. Im Jahr 2013 wurde der Ausgleichsbetrag des Landes zur Kindergartenförderung eingefroren. Seither müssen die Gemeinden die Mehrkosten durch steigende Kinderzahlen, gestiegene Qualitätsanforderungen und höhere Personalkosten ausgleichen. Das Defizit beim Betrieb lag 2016 bei über einer Million Euro mit deutlich steigender Tendenz. Im kommenden Haushaltsjahr planen wir mit einem Defizit von rund 1,3 Mio. Wie soll eine kleine Kommune wie Dettenheim das auf Dauer ausgleichen? Die Forderung der kommunalen Verbände findet hier bislang beim Land Baden-Württemberg kein Gehör. Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus einer Erklärung der Bürgermeister des Landkreises Karlsruhe: „Es kann nicht hingenommen werden, dass Bund und Land sich mit ständig ändernden und zusätzlichen Aufgaben an die Kommunen wenden und sobald es um die Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel geht, die Städte und Gemeinden im Regen stehen lassen oder, wie geschehen, sogar aus den gemeinsamen Gesprächen ausschließen“. Die Presseerklärung war im Dettenheimer Anzeiger vom 8. Dezember abgedruckt.

Auch der Aufbau eines Breitbandnetzes ist eine Aufgabe, die auf die Kommunen herunter gebrochen wurde. Ist es dort richtig verortet? Ich habe da meine Zweifel. Auch hier decken die Zuschüsse die Kosten bei weitem nicht. Da wo es sich wirtschaftlich rechnet, sind die großen Anbieter wie Telekom oder UnityMedia zur Stelle, die Kommunen sollen den Rest machen. Ich frage mich, wie das gehen soll und wie sich das für die Kommunen wirtschaftlich rechnen soll. Die Kommunen stehen hier im Wettbewerb mit großen Netzanbietern, die ganz anders aufgestellt sind und deren originäre Aufgabe das ist. Bei den Kommunen ist dies eine Aufgabe neben vielen anderen. Das ist m. E. neben der Kostenfrage ein weiterer Aspekt, warum die Breitbandversorgung in Deutschland nicht wirklich vorankommt.

Von Breitbandversorgung ist es zur Ausstattung von Schulen mit neuen Medien nicht mehr weit. Auch hier sind die Kommunen gefordert, aber ich vermisse ein umfassendes Konzept. Die Schulen sollten landesweit gleich ausgestattet sein, aber dazu braucht es einheitliche Vorgaben. Ab wann soll damit begonnen werden? Betrifft das auch uns mit unseren Grundschulen oder greift es erst in den weiterführenden Schulen? Auch in diesem Bereich fordern wir ausreichende finanzielle Mittel für die Kommunen, damit nicht Kinder in „reichen Kommunen“ besser gestellt sind, als Kinder in finanzschwachen Kommunen. Das kann niemand wirklich wollen.

Eine weitere große Aufgabe ist nach wie vor die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Dettenheim setzt hier auf dezentrale Lösungen, was bisher auch gut gelungen ist. Auch die Aufnahmeverpflichtung für 2018 werden wir voraussichtlich schaffen, so dass wir –Stand heute- keinen zusätzlichen Wohnraum bauen müssen. An der Stelle möchte ich mich bei den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die sich hier einbringen und helfen, dass diese Aufgabe in Dettenheim bislang gut bewältigt werden konnte.

Doch nun zurück zu den Haushaltsdaten: Vorgesehen ist eine Kreditneuaufnahme von knapp 1.9 Mio €. Einschließlich des bestehenden Kredits in Höhe von 154.568 € bedeutet dies eine Pro Kopf Verschuldung von 311 €. Als Vergleich: Der Landesdurchschnitt liegt bei 416 €.

Angesichts der Aufgaben, die die Gemeinde in den nächsten Jahren zu bewältigen hat werden wir nicht umhin kommen den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fort zu setzen. Uns bleibt da keine andere Wahl. Wir werden uns in den nächsten Jahren darauf konzentrieren müssen, was nötig ist und das Wünschenswerte zurück stellen.

Die Rücklage wird zum 31.12.2018 einen Stand von voraussichtlich 302.594 € betragen. Damit ist klar, dass künftige Investitionen „aus dem Laufenden“ zu bestreiten sind, was den Handlungsspielraum fast auf Null reduziert. Mit Grundstücksverkäufen kann in künftigen Jahren nicht mehr gerechnet werden. Die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Erweiterungsflächen, sei es im gewerblichen oder im Bereich der Wohnbebauung, stehen größtenteils nicht im Eigentum der Gemeinde, so dass hier auch nur bedingt Einnahmen zu erwarten sind.

Der Gesamthaushalt wird in diesem Jahr ein Volumen von 19.735.600 € haben. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt rd. 15,4 Mio. € und 4,6 Mio. € auf den Vermögenshaushalt.

Es wird unsere Bürgerinnen und Bürger freuen, dass auf eine Erhöhung der Steuern verzichtet werden konnte. Sämtliche Hebesätze bleiben im Jahr 2018 unverändert. Bei den Gebühren gab es moderate Anpassungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bin ich mit meinem Blick in die Zukunft zu skeptisch? Ich weiß es nicht. Wir stehen als Gemeinde bei diesen Themen nicht alleine da. Finanzstärkere Kommunen können einen Teil ihres Finanzbedarfs aus höheren Gewerbesteuererinnahmen abfangen, andere Kommunen haben ein größeres finanzielles Polster, manche Gemeinden haben weniger Doppelstrukturen... aber insgesamt betrachtet, sitzen wir alle im gleichen Boot. Die finanzielle Situation der Gemeinden ist keine gute und das in einer Zeit, in der die Steuern sprudeln wie nie zuvor. Der Bundes- und Landesgesetzgeber sollte sich gut überlegen, ob es nachhaltig ist und dem Land und unserer Gesellschaft gut tut, wenn die Kommunen finanziell „mit dem Rücken zur Wand“ stehen.

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind, „ so der Jurist und Politiker Hermann Schmitt-Vockenhausen.

Gerade die Flüchtlingskrise hat doch gezeigt, aber ich möchte das nicht auf diesen Bereich begrenzen, wo schnell und zielgerichtet gehandelt wird, wo Menschen Hilfe finden, wo verantwortliche Personen handeln, die ihr Ohr bei den Bürgern haben: In den Kommunen, in den Städten und Gemeinden.

Die Kommunen zu Erfüllungsgehilfen des Bundes und des Landes degradieren zu lassen, ist zu kurz gedacht. Im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger bestehen wir auf unsere Selbstverwaltungsgarantie und fordern die dazu nötigen Finanzmittel ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,

ich möchte Ihnen danken für die gute und konstruktive Zusammenarbeit über das gesamte Jahr hinweg und auch bei den Haushaltsberatungen. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeinde für die geleistete Arbeit, namentlich den Amtsleitern Herren Schmidt, Goldberg und Köhler.

Ich wünsche mir für die Zukunft, dass wir weiterhin konstruktiv zusammen arbeiten. Die Aufgaben werden nicht weniger und nicht einfacher. Dettenheim voran zu bringen sollte der gemeinsame Weg von Gemeinderat und Verwaltung sein.

Ihnen allen nochmals meinen herzlichen Dank, verbunden mit dem Wunsch, dass uns die Umsetzung der Planungen in 2018 gut gelingen wird.